



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11018 Berlin

An die
Ständige Vertreterin
des Hauptgeschäftsführers
des Deutschen Städtetages
Frau
Verena Göppert
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin

Dr. Jörg Kukies
Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
TEL +49 (0) 30 18 682-31 17
FAX +49 (0) 30 18 682-12 44
E-MAIL vzstk@bmf.bund.de
DATUM 26. Juni 2019

GZ **VII C 3 - WK 5610/19/10002 :001**

DOK **2019/0518736**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Anforderungen an Zahlungspflichten von Garantiegebern: Auslegungsentscheidungen der
Bankenaufsicht;
Ihr Schreiben vom 27. Mai 2019
Ihr Az.: 20.14.03 D

Sehr geehrte Frau Göppert,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 27. Mai 2019 und die darin enthaltenen Angaben zur
praktischen Bedeutung kommunaler Bürgschaften insbesondere im Zusammenhang mit
Kommunalfinanzierungen durch Banken und Sparkassen. Ihre Informationen habe ich auch
an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) weitergeleitet.

Ihr Anliegen, die kommunalen Bürgschaften als wirksames Absicherungsinstrument zur
Verminderung der Kreditrisiken von Kreditinstituten weiterhin uneingeschränkt anzuerken-
nen, kann ich gut nachvollziehen. Die bestehende bankaufsichtsrechtliche Berücksichtigung
öffentlicher Bürgschaften wird weder seitens des Bundesfinanzministeriums noch von Seiten
der BaFin in Frage gestellt. Die BaFin beabsichtigt erklärtermaßen nicht, ihre Verwaltungs-
praxis zur Anerkennung öffentlicher Bürgschaften zu ändern.

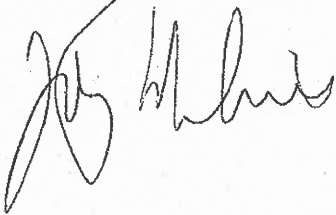
Die BaFin behält sich für die Zukunft allerdings vor, zu anderweitigen Anwendungs- und
Auslegungsfragen im Zusammenhang mit den bankaufsichtsrechtlichen Privilegierung von

Seite 2 **Garantien und wirtschaftlich vergleichbaren Absicherungsinstrumenten privater Sicherungsgeber im Wege von Verlautbarungen Stellung zu nehmen, wenn solche erläuternden Aussagen von Allgemeininteresse für das Kreditgewerbe und die betroffene Wirtschaftskreise sind. Öffentliche Bürgschaften sollen dabei ausdrücklich nicht angesprochen werden.**

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Hinweisen die Sorge eines - tatsächlich nicht beabsichtigten - Entzugs der bankaufsichtsrechtlichen Anerkennung öffentlicher Bürgschaften genommen zu haben.

Eine Kopie dieses Schreibens erhält die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Müller', written in a cursive style.